



PRESSEMITTEILUNG

28. November 2005

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG BESTÄTIGT:

SCHLOSSPLÄNE WEITERHIN UNKLAR

DAS BÜNDNIS FÜR DEN PALAST ZUR ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG AUF DIE KLEINE ANFRAGE ZUM PALAST-ABRISS.

Die seit Dienstag vorliegende Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei zum Abriss des Palastes der Republik bestätigt nun auch von offizieller Seite die vollkommen unklare Situation hinsichtlich eines möglichen Nutzungskonzeptes und der damit verbundenen Finanzierung des Schlossneubaus.

Unter Berufung auf die "Immobilienökonomische Machbarkeitsstudie – Neubau des Schlossareals Berlin" der BulwienGesa AG verweist die Bundesregierung in einer hib-Meldung vom 25. November 2005 auf zu erwartende Gesamtbaukosten in Höhe von 670 Millionen Euro für einen Neubau der Stadtschlossreplik.

Diese Angabe berücksichtigt jedoch NICHT die Finanzierungskosten: **Auch bei niedrigem Zinssatz würde sich das gesamte Finanzvolumen auf circa 1,2 Milliarden Euro summieren. – Das Doppelte der von der Bundesregierung publizierten Kosten.** Dabei sind zusätzliche Baukosten in unbekannter Höhe noch nicht berücksichtigt. Hinzu kommen vermutlich außerdem die 80 Millionen Euro für die Rekonstruktion der barocken Fassade, die ursprünglich der Förderverein Berliner Schloss durch Spenden aufbringen wollte. Die Studie sieht diesen Betrag als "nicht gesichert" an, so dass auch hier der Bund in die ohnehin leeren Haushaltskassen greifen müsste. Damit offenbart sich eine heikle politische Situation. Denn der Bundestag stimmte im Jahr 2002 deshalb für die Rekonstruktion der Schlossfassaden, weil diese privat finanziert werden sollten.

Nach Auffassung der BulwienGesa AG, der sich nun auch die Bundesregierung anschließt, könnten die Finanzierungsrisiken aber erst nach weiteren Gutachten realistisch eingeschätzt werden. Diese sollen die dafür erforderlichen Grundlagen schaffen – sind jedoch erst im September in Auftrag gegeben worden.

Andreas Schulten, Geschäftsführer der BulwienGesa AG, wies bei der öffentlichen Vorstellung der Studie am 17. November zudem ausdrücklich darauf hin, dass man bei der Begutachtung der Machbarkeit von der gegenwärtigen Lage am Finanzmarkt im Zeitraum 2005 bis 2007 ausgegangen sei. Finanzexperten rechnen jedoch mit einem Anstieg des Zinsniveaus in den nächsten Jahren. In Anbetracht der noch ausstehenden Gutachten, Architektenwettbewerbe und Ausschreibungen gehen Kritiker von einem realistischen Baubeginn nicht vor 2012 aus.

Mögliche Bau- und Finanzierungsrisiken durch den Abriss der Kellergeschosse des Palastes der Republik sowie durch den Neubau der Tiefgeschosse der Schlosskubatur sollen, nach Auffassung der Bundesregierung, durch eine sorgfältige Planungsvorbereitung beherrschbar sein. Das belege die Machbarkeitsstudie. Diese Behauptung ist falsch! Auch wenn eine abschließende Risikoanalyse zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht existiert, wurde bei der öffentlichen Präsentation der Machbarkeitsstudie keineswegs deutlich gemacht, dass der Planungsablauf mögliche Baurisiken minimiere. Entsprechende Antworten auf konkrete Nachfragen des anwesenden Architekten Philipp Oswald blieb man jedoch schuldig. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, einzige anwesende Vertreterin der Politik, antwortete aus Sicht des Landes Berlins lediglich, man stehe am Anfang eines langen Prozesses, der weitere technische Gutachten und Entscheidungen auf politischer Ebene erfordere, um eine Aussage über die Realisierung der Schlossplatzbebauung zu treffen. Die Frage nach möglichen Bau- und Finanzierungsrisiken blieb somit weiter unbeantwortet.

Das heißt: Die baulichen und finanziellen Risiken eines Schlossneubaus sind bis dato überhaupt nicht kalkulierbar und nicht geeignet, zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit dem Abriss des Palastes der Republik vollendete Tatsachen zu schaffen.

Den annähernd doppelten Gesamtkosten steht die Hälfte der ursprünglich empfohlenen Nutzfläche gegenüber: Aus der in der Studie empfohlenen sowohl öffentlichen als auch privatwirtschaftlichen Nutzung des Schlossareals würde sich auf einer Bruttogrundfläche von 135.000 qm eine Hauptnutzfläche von 50.200 qm für den öffentlich betriebenen Bereich ergeben. Dem damals empfohlenen Raumnutzungskonzept für das Humboldt-Forum liegt bereits ein Kompromiss zugrunde. **Vom ursprünglich errechneten Platzbedarf von 103.000 qm Nutzfläche, die allerdings in der Schlosskubatur nicht umsetzbar sind, blieben 70.000 qm Nutzfläche. Demgegenüber steht nun eine erneute Verringerung dieser Fläche auf 50.200 qm aufgrund der privaten Teilnutzung.** Allein der Platzbedarf für 500.000 Exponate des Ethnologischen Museums sowie die über 30.000 Exponate ostasiatischer und indischer Kunst hätten gemeinsam einen Raumbedarf von über 50.000 qm, so Prof. Dr. Peter-Klaus Schuster, Generaldirektor der Staatlichen Museen Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Nach den Plänen der Machbarkeitsstudie soll das Humboldt-Forum vornehmlich in einem Untergeschoss untergebracht werden. Entgegen der Idee einer Kultur- und Begegnungsstätte wird somit **der größte Teil des Humboldt-Forums dem Tageslicht entzogen** und in den Keller verbannt wird, um Platz für ein Nobelhotel zu machen.

Orientiert man sich an den Empfehlungen der internationalen Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“, welche die Grundlage für den Bundestagsbeschluss 2003 darstellt, offenbart sich, dass der geplante Neubau am Schlossplatz genau das ist, wovor die damalige Kulturstaatsministerin **Christina Weiss warnte: „Ein Neubau am Schlossplatz mit weniger als 80 Prozent Kultur wäre jedoch nur eine Mogelpackung.“** (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung Nr.446, 30.09.2003)

Nach Einschätzung der BulwienGesa AG könne die private Nutzung jedoch lediglich synergetische Funktionen für den Komplex haben. Welche Synergieeffekte das konkret sein sollen, ist jedoch völlig unklar. Nicht zuletzt die Zahl weiterer adäquater Hotelkapazitäten im nahen Umfeld des zu errichtenden Fünf-Sterne-Hotelkomplexes bestätigt die Unsicherheit der Argumentation. Im Verlauf

der Podiumsdiskussion im Anschluss an die Vorstellung der Machbarkeitsstudie wurde zudem deutlich, dass diese viel bemühten, aber nie konkret benannten Synergieeffekte nur sehr beschränkte Auswirkungen auf den Gebäudekomplex haben können und nutzungsbedingt von unsicheren Faktoren abhängig sind. Vorteile bringen sie wohl hauptsächlich den privaten Nutzern.

FAZIT: Der Palast der Republik soll einem Vorhaben weichen, dessen Form, Nutzung und Realisierung vollkommen im Unklaren ist. Man kann der Stadtentwicklungssenatorin nicht vorwerfen, sie würde das ignorieren. Bei aller Unklarheit steht eines aber fest: Der Palast der Republik werde, wie geplant, im Januar abgerissen, so Junge-Reyer bei der öffentlichen Präsentation der Machbarkeitsstudie. Die Gründe für diesen Schritt blieb sie jedoch ebenso schuldig wie die Antwort auf die Frage, ob sich das Land Berlin ein solches Bauvorhaben zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt leisten könne. Eine trostlose Brache im Herzen Berlins nimmt sie offenbar ohne Zögern in Kauf. Denn wie lange dieser „lange Prozess“ dauern wird, ist bislang nicht abzusehen.

In ihrem im September 2003 vorgestellten Abschlussbericht bekannte sich die „Arbeitsgruppe Schlossareal“ zwar klar zum Humboldt-Forum, eine Entscheidung solle aber erst dann getroffen werden, wenn sich die Haushaltslage spürbar gebessert habe (Pressemitteilung der Bundesregierung, 30.09.2005). Noch heute, zwei Jahre später, hält der neue Finanzminister Peer Steinbrück einen ausgeglichenen Haushalt vor 2009 für aussichtslos (Spiegel Online, 23.11.2005). Allein unter finanziellen Gesichtspunkten ist ein Schlossneubau in nächster Zukunft demnach nicht realisierbar, ein Festhalten an den Abriss-Plänen verantwortungslos. Einem funktionsfähigen Rohbau kann nichts als eine beschämende Freifläche entgegengesetzt werden.

Was spricht unter diesen Bedingungen für ein Abrissmoratorium? Woher kommt die Motivation der Bundesregierung und des Senats, am schnellstmöglichen Abriss des Palastes festzuhalten?

Nach Tempodrom, Akademie der Künste, Olympiastadion usw. droht ein Finanzskandal von außerordentlicher Größe. Obwohl der Bundestag den Palast in seiner ersten Lesung nochmals behandeln wird, arbeitet der Berliner Senat wie eine Verwaltungsmaschinerie seinen Plan, den Abrissauftrag zu vergeben, konsequent ab. Geld spielt in Berlin scheinbar keine Rolle. Selbst die Genossen der eigenen Partei, die in einem mit Mehrheit verabschiedeten Initiativantrag die Senatorin aufforderten, ein Moratorium für den Abriss des Palastes der Republik zu prüfen, werden wohl zusehen müssen, wie ihre eigene Senatorin Verwaltungshandeln praktiziert, das man durchaus als beratungsresistent bezeichnen kann. Ist denn in diesem Senat niemand, der noch eins und eins zusammenzählen und das Wort Demokratie buchstabieren kann?

BÜNDNIS FÜR DEN PALAST